Protokoll des Unabhängigen Monitoringausschusses
Sitzung am Donnerstag, den 26. Februar 2026
14:00 bis 16:30 Uhr

online über Teams

Anwesenheit

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter*innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Hauptmitglieder: Michaela Lödler, Silvia Oechsner, Daniela Rammel, Marlene Krubner (ab 14:53)

Ersatzmitglieder: Oswald Föllerer

Vertreter*innen Wissenschaftliche Lehre:

Hauptmitglied: Katta Spiel (stimmberechtigt) ab 15:57

Ersatzmitglied: Tobias Buchner (ab 14:40, stimmberechtigt bis 15:57)

Vertreter*innen NGO EZA/Humanitäre Hilfe:

Hauptmitglied: Julia Moser (stimmberechtigt)

Ersatzmitglied: Anna Scheithauer

Vertreter*innen NGO Menschenrechte:

Theresa Hammer (stimmberechtigt)

Ersatzmitglied: Sebastian Öhner (ab 14:11)

In unterstützender Funktion:

Büro
Christina Wurzinger, Nina Eckstein, Stefanie Lagger-Zach
Em Gruber, Elis Eder, Eva Rottensteiner

Entschuldigt: Oana Iusco, Felix Steigmann, Michaela Joch, Céline Geisen-Mayerl

Protokoll

1. Begrüßung

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Genehmigung der Tagesordnung (Beschluss)

Der Ausschuss beschließt die Tagesordnung einstimmig.

4. Beschluss des Protokolls

Der Ausschuss beschließt die Protokolle dieser Sitzungen einstimmig:

- Sitzung, am 4. Dezember 2025
- Sitzung, am 11. Jänner 2026

Das Büro schickt das Protokoll vom Vernetzungstreffens der Länder-Monitoring-Stellen.

5. Neuigkeiten zum Vorsitz

Das Vorsitzteam spricht mit interessierten Personen.
Alle Ausschussmitglieder können sich melden, wenn sie Interesse haben,
oder wenn sie mehr Infos brauchen.

6. Berichte der Ausschuss-Mitglieder (Diskussion)

- 28. Jänner: **Austausch mit Sozialministerium Sektionschef Martin Zach**
  Julia Moser besprach mit Sektionschef Zach diese Themen:
  - Schul-Assistenz
  - Zwischenbericht zum Projekt Vereinheitlichung der Persönlichen Assistenz und die Länderbeteiligung
  - Wissenschaftliches Arbeiten mit Behinderungen
  - Überarbeitung der Einschätzung-Verordnung für die Feststellung des Behinderungs-Grad

- **Überprüfung der Menschenrechtslage in Österreich** vom UN-Menschenrechtrat englisch: *Universial Periodic Review* (UPR) (Anna Scheithauer)

  Die UN-Länder gaben Empfehlungen für die Verbesserung der Menschenrechte in Österreich ab. Wichtige Empfehlungen für Menschen mit Behinderungen sind dabei, zum Beispiel in der Entwicklungs-Zusammenarbeit.
  Die österreichische Regierung überprüft jetzt die Empfehlungen und entscheidet: Welche Empfehlungen nehmen wir an und welche weisen wir ab?
  Die Entscheidung folgt wahrscheinlich im Juni 2026: Austria | UPR info

  Sebastian Öhner berichtet: Die Liga der Menschenrechte hat den Menschenrechts-Bericht der Zivilgesellschaft in Österreich koordiniert.
  Es gibt ein Werkzeug (Tool) auf der Internetseite: UPR-Tool
  Hier sieht man die Empfehlungen und später den Stand der Umsetzung.
  Nach der Entscheidung gibt es ein Treffen im Bundeskanzleramt (BKA) zur Umsetzung der Empfehlungen.
  Der UMA beobachtet die Empfehlungen zu Menschen mit Behinderungen und nimmt vielleicht am Treffen teil.

- **Zero Project Konferenz** (Julia Moser und Anna Scheithauer)

  Beim Projekt gibt es jedes Jahr eine Auftakt-Veranstaltung im Parlament und eine Konferenz im UN-Gebäude.

  Julia Moser war bei der Auftakt-Veranstaltung im Parlament.
  Dort wurden Projekte zum Thema Barrierefreiheit vorgestellt, zum Beispiel ein barrierenfreier Notruf.

  Anna Scheithauer war auf der Konferenz und hat dort Vorträge besucht.
  Sie war auch bei der Veranstaltung von Licht für die Welt vor der Konferenz zur Inklusion in der Humanitären Hilfe. Es gibt einen Bericht mit Checklisten und Empfehlungen: Disability-Inclusive Crisis Response.

- **Projektbeirat Gesundheitsbericht** (Daniela Rammel)

  Daniela Rammel berichtet über die 3. Beirat-Sitzung für die Erstellung des Berichts zur Gesundheits-Versorgung von Menschen mit Behinderungen.
  Die Gesundheit Österreich Gmbh führt jetzt Interviews mit verschiedenen Stellen und Interessens-Vertretungen zum Thema.
  Im Mai ist die nächste Sitzung mit ersten Ergebnissen aus den Interviews.

7. Öffentliche Sitzung

Eva Rottensteiner berichtet über die Planung der öffentlichen Sitzung 2026.
Es gibt Gespräche mit der Wiener Monitoringstelle.
Diese baut gerade einen Jugend-Beirat auf.

Die öffentliche Sitzung findet im Oktober statt.
Die Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene (und ihre Angehörigen).
Das Thema ist Gesundheitsversorgung.
Dieses Thema wird mit den jungen Personen gemeinsam ausgearbeitet.

8. Berichte zu laufenden Arbeiten (Information, Diskussion)

Juristisches:

- Gemeinsames Papier mit den Länder-Monitoringstellen zur **Reformpartnerschaft**

  Beim letzten Vernetzungstreffen wurde eine Zusammenarbeit beschlossen.
  Das Schreiben soll klar auf UN-BRK und die Handlungsempfehlungen aus der Staatenprüfung verweisen.
  Beim Vernetzungstreffen im Mai wird das fertige Schreiben beschlossen.
  Dann geht es an den Koordinator der Reformpartnerschaft, den Bildungsminister und die neun Bildungs-Landesrät*innen.

- Neuigkeiten zum **Nationalen Aktionsplan Gewaltschutz**

  Der UMA hat gemeinsam mit dem Behindertenrat, der Behindertenanwältin, Ninlil und der Interessensvertretung Frauen* mit Behinderungen (FmB) einen Brief verfasst.

  Im Brief bekräftigen die Organisationen gemeinsam:
  - Die Maßnahmen für Frauen mit Behinderungen sind sehr wichtig.
  - Die Organisationen beteiligen sich gerne weiter an der Umsetzung des NAP.

  Der Brief ging am 16. Februar an Bundesministerin Holzleitner.
  Das Kabinett der Ministerin hat schon eine positive Antwort geschickt.

  Der Ausschuss diskutiert weitere Bereiche, bei denen Gewaltschutz fehlt:
  zum Beispiel:

  - Erweiterte Kinderschutzkonzepte am Beispiel Fahrtendienste
  - Gewaltschutzkonzepte von Schulen mit Fokus auf Kinder mit Behinderungen
  - Beachtung von Kinder und Jugendliche im NAP Gewaltschutz insgesamt
  - Mehrfach- und intersektionale Diskriminierung;
  - Gewalt in Institutionen: Im NAP gibt es keine Maßnahmen, die Ländersache sind. Das Heimaufenthaltsgesetz regelt Gewalt in Einrichtungen auf Bundesebene. Man muss Frauen mit Gewalterfahrungen in Einrichtungen einbinden und erreichen.
    Der unabhängige Zugang zu Informationen und Empowerment ist wichtig!

- Antwort auf einen **Aufruf des UN-Hochkommisariats für Menschenrechte** zur Studie: Wie wirken sich psychische Gesundheitsprobleme bei jungen Menschen darauf aus, wie sie die Menschenrechte wahrnehmen?

  Der Ausschuss hat einen Beitrag zum Aufruf geschrieben:
  Psychosoziale Versorgung Kinder und Jugendliche OHCHR Call 2026
  (deutsch und englisch in schwerer Sprache)

- Die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat einen **Bericht über politische Teilhabe** veröffentlicht.
  Bericht auf Englisch
  Der UMA hat 2025 dazu einen Beitrag verfasst: Politische Teilhabe Beitrag OHCHR 2025 (deutsch und englisch in schwerer Sprache)

Öffentlichkeitsarbeit:

- **Beiträge** in den Sozialen Medien **zum Fokusthema**:
  Eva Rottensteiner bereitet mit den Juristinnen Informationen zum Fokusthema auf. Zum Beispiel:
  - Passende Artikel aus der UN-Konvention
  - Passende Handlungsempfehlungen vom UN-Fachausschuss im Rahmen der Staatenprüfung.

- **Jahresbericht**:
  Eva Rottensteiner arbeitet am Jahresbericht 2025.
  Über diesen Link kann man den Jahresbericht 2024 lesen und herunterladen:
  UMA Jahresbericht 2024

- **8. März Presseaussendung** zur Gesundheitsversorgung von Mädchen mit Behinderungen. Der Ausschuss spricht über Sexuelle Bildung, Selbstbestimmung und barrierefreie gynäkologische Versorgung
  Hier kann man die Presseaussendung nachlesen:
  Mädchen mit Behinderungen besonders benachteiligt im Gesundheitssystem

- **7. April Tag der Gesundheit** Presseaussendung zum Fokusthema:
  Der Ausschuss bespricht wichtige **Themen in der Gesundheitsversorgung,**
  zum Beispiel:

  1. Probleme im stationären Bereich in der Psychiatrie
  2. Versorgungslücken bei der Behandlung von Sucht
  3. Begutachtungen zur Feststellung des Grades der Behinderung und die Richtlinien zum Pflegegeld für Kinder und Jugendliche
  4. Sexuelle Bildung und sexuelle Rechte
  5. Zugang zu Psychotherapie in einfacher Sprache und
     Zugang zu Informationen bei medizinischen Behandlungen
     für Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten
  6. Alle Menschen müssen alle Informationen bekommen,
     damit sie einer medizinischen Behandlung zustimmen können.
     Das nennt man auf Englisch „*Informed Consent*“, informierte Zustimmung.
     Gibt es gute Beispiele für einen inklusiven Ansatz in der Medizin?
     Der Ausschuss nennt das Projekt D.A.M.A. - Inklusive Medizin in Bozen und das Buch: Die medizinische Behandlung Minderjähriger.

9. Nächste Ausschuss-Termine

Am 12. März findet die Klausur in der HausWirtschaft in Wien und online statt.

10. Allfälliges

Die Österreichische Nationalbank macht eine Umfrage zu digitalen Finanzdiensten.
Die Bank will damit Barrieren aufzeigen.